

---

*Sarah Graber Majchrzak*

## **Kniefall ohne Aufstand. Erinnerungen an den Dezember 1970 in der VR Polen\***

Vor fünfzig Jahren überschlugen sich in Polen die Ereignisse: Am 7. Dezember 1970 besuchte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt Warschau und entschuldigte sich mit einer symbolischen Geste für das, was Deutsche im Zweiten Weltkrieg den Polen und Polinnen angetan hatten. Der Kanzler legte am Mahnmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto einen Kranz ab und kniete sich anschließend nieder. Am gleichen Tag unterzeichneten Willy Brandt und der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz sowie die Außenminister beider Länder den Warschauer Vertrag. Die Bundesrepublik erkannte hierin die Oder-Neiße-Grenze als „die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen“ an und ermöglichte damit die Aussiedlung der noch in der VR Polen lebenden deutschen Staatsbürger:innen.

Nur eine Woche nach diesem symbolträchtigen Vorgang, am 14. Dezember 1970, sammelten sich Arbeiter:innen der Danziger Werft vor dem Gebäude der Direktion und forderten die Zurücknahme der am gleichen Tag von der polnischen Regierung bekanntgegeben Erhöhung der Lebensmittelpreise sowie eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Staatsmacht ging mit Polizei und Armee gegen die Arbeiter:innen vor, was zu über vierzig Todesopfern und Tausenden Verletzten führte und letztendlich den Sturz der damaligen polnischen Regierung zur Folge hatte.

Beide Ereignisse waren prägend, nicht nur für die polnische, sondern für die europäische Geschichte; sie standen gleichzeitig in einem unmittel-

---

\* Dieser Artikel enthält Auszüge aus der Dissertation der Autorin: Sarah Graber Majchrzak, Arbeit – Produktion – Protest. Die Leninwerft in Gdańsk und die AG „Weser“ in Bremen im Vergleich (1968–1983), Köln 2021.

telbaren Zusammenhang. Doch während in der Bundesrepublik dem fünfzigsten Jahrestag des „Kniefalls von Willy Brandt“ und der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags unzählige Berichte in Printmedien, Radio und Fernsehen gewidmet sind, verging der fünfzigste Jahrestag des Aufstands der Arbeiter:innen im Dezember 1970 – in Polen erinnert als „Dezemberereignisse“ – hierzulande ohne mediales Echo und öffentliche Aufmerksamkeit. Der Aufstand der Werftarbeiter:innen, dem sich in den Wochen und Monaten danach viele weitere Arbeiter:innen anschlossen, scheint vergessen. Dabei ist in der Geschichtswissenschaft weitgehend unbestritten, dass es die Solidarność ohne diese Proteste so nicht gegeben hätte.<sup>1</sup> Im Folgenden sollen die Dezemberereignisse und ihre Auswirkungen bis heute diskutiert werden.

## Vorgeschichte

Sowohl der Warschauer Vertrag als auch die Dezemberereignisse, welche in den Werften ihren Anfang nahmen, standen in einem engen Zusammenhang mit der Öffnung Polens zum kapitalistischen Weltmarkt. Um diesen Zusammenhang aufzuzeigen, soll die Entwicklung der polnischen Schiffbauindustrie im Folgenden kurz dargestellt werden. Wichtig ist, vorwegzunehmen, dass die Schiffbauindustrie eine global organisierte Branche sui generis ist, welche aufgrund der Tatsache, dass rund neunzig Prozent des Welthandels auf dem Seeweg abgewickelt werden, besonders sensibel auf wirtschaftliche Veränderungen reagiert und dadurch als Gradmesser für globale Konjunkturlagen gewertet werden kann.

Die polnische Schiffbauindustrie war nach 1945 eine stark auf den Export ausgerichtete Branche; mehr als 75 Prozent der in der VR Polen produzierten Schiffe wurden ins Ausland verkauft. Der Zeitraum zwischen Ende des Zweiten Weltkriegs bis Mitte der 1960er Jahre war für

---

<sup>1</sup> Zum Zusammenhang der Proteste in Polen 1970 und 1980 siehe bspw. Eisler Jerzy, „Polskie miesiące“, czyli kryzys(y) w PRL [„Polnische Monate“ oder Krise(n) in der VR Polen], Warszawa 2008.

die polnische Schiffbauindustrie von hohen Wachstumsraten geprägt.<sup>2</sup> Das Wachstum verlangsamte sich danach erheblich und erreichte seinen Tiefpunkt im Jahr 1969, wie durch einen Weltmarktvergleich deutlich wird: Der weltweite Bau von Schiffen stieg in diesem Jahr um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr an, dagegen sank die Baurate in Polen um fünf Prozent.<sup>3</sup> Nach Meinung von Zeitgenoss:innen war dieser Rückgang dadurch verursacht, dass Polens Schiffbauindustrie die neuesten Entwicklungen in der Branche verpasst hatte, vor allem, weil ihr eine adäquate Forschungsgrundlage gefehlt habe.<sup>4</sup> Demnach wäre ein großangelegtes Modernisierungs- und Investitionsprogramm notwendig gewesen, um die Produktionsanlagen auf den neuesten technischen Stand zu bringen und hierdurch die Schiffbauproduktion wieder anzukurbeln. Die dafür benötigten Investitionen konnten allerdings auf staatlicher Ebene nicht durchgesetzt werden.<sup>5</sup>

Darüber hinaus zeigte sich bereits in den 1960er Jahren, dass die polnischen Werften Schwierigkeiten hatten, Schiffsausrüstung im Bereich der Elektrotechnik, Automation und Navigation von ihren inländischen Kooperationspartnern zu erhalten, um die technisch meist anspruchsvollen Schiffe auszustatten.<sup>6</sup> Kurz nach dem Beitritt Polens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT (*General Agreement on Tariffs and Trade*) im Jahr 1967<sup>7</sup> orientierte sich die polnische Schiffbau-

<sup>2</sup> Siehe dazu: Bojanowska-Dzieduszycka Izabela, *Produkcja przemysłu okrętowego* [Schiffbauproduktion], in: Edmund Cieślak (Hg.), *Historia budownictwa okrętowego na wybrzeżu Gdańskim* [Die Geschichte des Schiffbaus an der Danziger Küste], Gdańsk 1972, S. 547–659.

<sup>3</sup> „Poland’s Maritime Industry“, 4. September 1970. HU OSA 300-8-3-4684; Records of Radio Free Europe / Radio Liberty Research Institute: Publications Department: Background Reports; Open Society Archives at Central European University, Budapest, S. 2, [<http://hdl.handle.net/10891/osa:a7b50d21-842a-4ae2-b498-1794a139cdfa>].

<sup>4</sup> Ebd., S. 8.

<sup>5</sup> Jerzy Surdykowski, *Czekając na decyzję* [Warten auf eine Entscheidung], in: *Zycie Gospodarcze* [Wirtschaftsleben], 4. Mai 1969, S. 9.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Wanda Jarząbek, *Polish economic policy at the time of détente, 1966–78*, in: *European Review of History*, 21 (2014), 2, S. 293–309. Beim Beitritt Polens zum GATT am 18. Oktober 1967 war eine Übergangszeit vereinbart worden, in der sich Polen zur Steigerung seiner Einfuhren aus den GATT-Mitgliedstaaten verpflichtete und diese im Gegenzug zusicherten, ihre mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen gegenüber Polen bis zum Ende der Übergangszeit soweit abzubauen, dass

industrie aus diesem Grund verstärkt nach Westen. Durch den Verkauf von Schiffen in kapitalistische Länder sollten Devisen erwirtschaftet werden, um aus dem Westen die neuesten Technologien für den Bau von Schiffen importieren zu können.<sup>8</sup> Die Werften handelten hier gewissermaßen aus einer Notwendigkeit heraus: Wollten sie weiterhin moderne Schiffe bauen, brauchten sie moderne Technologie aus westlichen Ländern. Dies führte dazu, dass die polnische Schiffbaubranche eine Vorreiterrolle in den Handelsbeziehungen zum kapitalistischen Ausland einnahm und ab Ende der 1960er Jahre Polens Schiffbauindustrie dauerhaft in den Schiffsweltmarkt integriert wurde. Wichtigster Handels- und Kreditpartner wurde dabei die Bundesrepublik Deutschland.

Der kam Branche zugute, dass sich auf politischer Ebene die Beziehungen zwischen Deutschland und der VR Polen entspannten. Angesichts der Ablösung der CDU-geführten Regierung in der Bundesrepublik durch eine sozialliberale Koalition mit Willy Brandt als Kanzler im Oktober 1969 wurden neue Perspektiven möglich. Bereits ein Jahr nach dem Regierungswechsel unterschrieben die VR Polen und die Bundesrepublik am 15. Oktober 1970 ein Handelsabkommen.<sup>9</sup> Der Vertrag enthielt eine Kreditzusage in Höhe von einer Milliarde DM für die VR Polen und ein langfristiges Programm der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit.<sup>10</sup> Die stärkere Zusammenarbeit mit westlichen Ländern hatte auch Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen in den Werften.

Die Situation der Arbeiter:innen in den polnischen Werften war – mit Blick auf die desolante Lage in der Schiffbauindustrie – Ende der 1960er Jahre sehr prekär: Die veralteten Produktionsanlagen und die zu niedrigen Investitionsraten für ihre Erneuerung hemmten nicht nur die Pro-

---

der allgemeine gegenüber den anderen GATT-Staaten geltende Liberalisierungsstand erreicht würde, siehe dazu: Horst Möller (Hg.), *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*, München 2009, S. 1.174.

<sup>8</sup> „Poland’s Maritime Industry“ (wie Anm. 3), S. 5.

<sup>9</sup> Zu den Ostverträgen siehe Kap. IV und V in: Katarzyna Stokłosa, *Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990*, Göttingen 2011.

<sup>10</sup> Ebd., S. 366.

duktivität, sondern wirkten sich insbesondere auf die Arbeitsbedingungen verheerend aus. In der Danziger Leninwerft wurde im Januar 1970 auf der Arbeiterselbstverwaltungskonferenz KSR (*Konferencja Samorzǎdu Robotniczego*) – einem betrieblichen Mitbestimmungsorgan, welches unter der Leitung des Werftdirektors tagte und paritätisch aus Vertreter:innen des Betriebsrates, des Arbeiter:innenrates und der betrieblichen Parteiorganisationen bestand – über die miserable Arbeitssituation und die niedrige Produktivität in der Werft diskutiert.<sup>11</sup> Kritisiert wurde beispielsweise das Fehlen von adäquaten Arbeitsschutzmaßnahmen wie etwa Luftfiltern in den Vorfertigungshallen, das bei den Arbeiter:innen zu großen gesundheitlichen Schäden geführt hatte.<sup>12</sup> Eine im Jahr 1968 im Rahmen der „Humanisierung der Arbeit“ in der Leninwerft von Psycholog:innen und Soziolog:innen durchgeführte Untersuchung zu den Arbeitsbedingungen auf der Werft zeigte ebenfalls die schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen auf.<sup>13</sup> Hier wurde unter anderem festgestellt, dass die hohe Arbeitsbelastung, die schlechte Arbeitsorganisation, das als ungerecht empfundene Lohnsystem, eine korrupte und unfähige Betriebsleitung sowie die fehlende Infrastruktur der Werft wie auch der Stadt Gdańsk zu einem schlechten Arbeitsklima

<sup>11</sup> Die Arbeiter:innenräte entstanden unmittelbar nach der Befreiung Polens aus Widerstandszellen gegen die deutsche Besatzungsmacht und als Initiativen von „unten“, in ihr Tätigkeitsfeld fiel die Produktions- und Arbeitsorganisation. Jede größere Abteilung verfügte über einen eigenen Arbeiterrat, dessen Mitglieder Delegierte in den zentralen Arbeiterrat entsandten. Der Arbeiterrat selber wählte, so wie der Betriebsrat der Gewerkschaft, ein Präsidium, welches als Exekutivorgan und Vertretung gegenüber der Betriebsverwaltung fungierte, siehe Melanie Tatur, *Arbeitsituation und Arbeiterschaft in Polen 1970–1980*, Frankfurt am Main 1983, S. 51f.

<sup>12</sup> 60. KSR Stoczni Gdańskiej im. Lenina, 30.01.1970 [60. Arbeiterselbstverwaltungskonferenz der Danziger Leninwerft am 30.01.1970], Archiwum Państwowe Gdańsk APG [Polnisches Staatsarchiv Gdańsk] 1291/9755, S. 216.

<sup>13</sup> In der Bundesrepublik Deutschland und der VR Polen entwickelte sich zeitgleich eine sehr ähnliche Diskussion zur „Humanisierung der Arbeit“. Im Grunde wurde die Diskussion in beiden Ländern durch den Mangel an genügend Facharbeiter:innen Ende der 1960er Jahre (Kapitalinteresse) und die Folgen der Taylorisierung für die Arbeiter:innen (Arbeiter:inneninteresse) ausgelöst. Eine ausführliche Darstellung der Diskurse zur „Humanisierung der Arbeit“ in West und Ost findet sich in Kapitel 7, „Arbeitsbelastung und die „Humanisierung der Arbeit in Ost und West“, in: Sarah Graber Majchrzak, *Arbeit – Produktion – Protest. Die Leninwerft in Gdańsk und die AG „Weser“ in Bremen im Vergleich (1968–1983)*, Köln 2021, S. 337–369.

führten und die Fluktuation der Beschäftigten beförderten.<sup>14</sup> Die Gewerkschaft und die Arbeiterräte auf betrieblicher Ebene taten wenig, um die Situation der Werkstätigen zu verbessern. Dies führte dazu, dass die Stimmung auf der Werft, aber auch die Produktivität rapide sank.

Statt auf die Kritik von Seiten der Arbeiter:innen einzugehen und die Missstände zu beheben, verstärkte die Werftleitung ihre Bemühungen, die gesunkene Produktivität durch die Erhöhung der Arbeitsnormen zu kompensieren.<sup>15</sup> Lech Wałęsa beschrieb in seiner Autobiographie die Situation in der Danziger Werft folgendermaßen:

Ende der sechziger Jahre wurde die Schraube erneut angezogen. Diesmal im Namen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, den man uns beizubringen gedachte. Aber der Begriff war irreführend, es ging nicht um den Ankauf moderner westlicher Technik für die teilweise Automatisierung, die uns die Arbeit auf den Schiffen wirklich erleichtert hätte – [...] es war von vornherein geplant, dass dieser technische Fortschritt die Werftarbeiter weitere hunderttausend Arbeitsstunden kosten würde.<sup>16</sup>

Neben einer weitgehend fehlenden Modernisierung stand die Steigerung der Arbeitsnormen auch im Zusammenhang mit dem veränderten Absatzmarkt der Werft für den Verkauf der Schiffe auf dem kapitalistischen Weltmarkt.<sup>17</sup> Durch die Verträge mit „kapitalistischen“ Reedern

---

<sup>14</sup> Szczypiński Zbigniew, Zakładowy program humanizacji Pracy. Uwarukowania na etapie jego tworzenia i realizacji [Betriebliches Programm zur Humanisierung der Arbeit. Bedingungen zum Zeitpunkt seines Entstehens und seiner Realisierung], in: Humanizacja pracy [Humanisierung der Arbeit], 4 (1975), S. 31–39. Der Ausbau der Infrastruktur in Gdańsk und anderen industriellen Zentren Polens konnte mit den sehr hohen Wachstumsraten der Industriebelegschaften nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mithalten, so dass es einen eklatanten Mangel an Wohnraum, medizinischer Versorgung und öffentlichen Transportmitteln in vielen Städten gab.

<sup>15</sup> So wurden bspw. 1968 die Normen für den Rohrbau und für das Anmalern erhöht, siehe Forderung 136 und 194, in: Beata Chmiel / Elżbieta Kaczyńska (Hg.), *Postulaty 1970–71 i 1980. Materiały źródłowe do dziejów wystąpień pracowniczych w latach 1970–1971 i 1980* (Gdańsk i Szczecin) [Die Forderungen von 1970–1971 und 1980. Quellenmaterial zur Geschichte der Arbeiterbewegungen in den Jahren 1970–1971 und 1980 (Gdańsk und Szczecin)], Warszawa 1998, S. 121 und 125.

<sup>16</sup> Lech Wałęsa, *Ein Weg der Hoffnung. Autobiographie*, Wien 1987, S. 62.

<sup>17</sup> Siehe Gdańsk Shipyard Reference List 1949–2012, [<http://documents.mx/documents/gdansk-shipyard-reference-list1949-2012pdfpdf.html>].

standen die polnischen Werften unter einem erhöhten Auslieferungsdruck. Gab es für sie bei der Belieferung von sozialistischen Ländern immer einen relativ großen zeitlichen Spielraum, drohten bei Verträgen mit kapitalistischen Ländern hohe Konventionalstrafen bei Nichteinhaltung der Liefertermine.<sup>18</sup> Dies setzte die Werftleitungen unter Druck, den sie an die Arbeiter:innen weitergab.

Die schlechten Arbeitsbedingungen in den Werften, aber auch in anderen Betrieben gingen in der VR Polen Ende der 1960er Jahre einher mit allgemein schlechten Lebensbedingungen. Der Wiederaufbau der Industrieproduktion nach dem Zweiten Weltkrieg hatte alle Ressourcen und Kräfte gekostet, die Konsumindustrie und die Landwirtschaft wurden dabei stark vernachlässigt, so dass die Menschen kaum vom wirtschaftlichen Wachstum profitierten. Es gab zu wenig Wohnungen, und immer wieder kam es bei einzelnen Nahrungsmitteln zu Versorgungsengpässen. Ein Gefühl der Enge und Stagnation führte dazu, dass der Unmut in der polnischen Bevölkerung insgesamt stieg.<sup>19</sup>

## **Aufstand der Studierenden – Aufstand der Arbeiter:innen**

Im März 1968 gingen auch in der VR Polen Studierende für eine Demokratisierung des Systems, die Abschaffung der Zensur und für Meinungsfreiheit auf die Straße.<sup>20</sup> Die polnische Regierung schlug diesen

<sup>18</sup> Zu den „flexiblen“ Lieferfristen im RGW siehe folgendes Zitat von Lech Wałęsa: „[...] – mit dem Vertragspartner, in den meisten Fällen einem Russen, einigte man sich auf ‚gütliche‘ Weise. Er bestätigte die Auslieferung des Schiffes am 31. Dezember und bekam dafür einen Farbfernseher oder sonst eine kleine Aufmerksamkeit. Nach fünf, sechs Tagen war das Schiff dann fertig und alles in Butter“, in: Lech Wałęsa, *Weg der Hoffnung* (wie Anm. 16), S. 65.

<sup>19</sup> Die Gründe für diesen Unmut Ende der 1960er Jahren waren weit vielschichtiger als hier angedeutet werden konnte, siehe dazu Włodzimierz Borodziej, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*. Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung, München 2010, S. 319–340.

<sup>20</sup> Auslöser des Protestes war die von der Regierung angekündigte Absetzung des Theaterstück „Dziady“– „die Ahnenfeier“ des romantischen Dichters Adam Mickiewicz am Warschauer Nationaltheater. Dem Theaterregisseur Kazimierz Dejmek wurde von Seiten des Kulturministeriums vorgeworfen, die Inszenierung sei antisowjetisch. Nach der letzten Aufführung versammelte sich ein Demonstrationszug in der Warschauer Innenstadt, um gegen die Absetzung des Stückes zu protestieren, siehe Andrea Genest, *Zwischen Anteilnahme und Ablehnung. Die Rolle der Arbeiter in den Märzereignissen 1968 in Polen*, in: Bernd Gehrke / Gerd-Rainer Horn (Hg.), 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007, S. 185–210, hier: S. 190.

studentischen Protest mit brutaler Gewalt nieder. Begleitet wurde dies durch eine beispiellose antisemitische Hetzkampagne, bei der alle, die die Parteiherrschaft in der VR Polen kritisierten oder reformieren wollten, diffamiert wurden. Die bisher angenommene Spaltung zwischen Studierenden und Werktätigen, wie sie etwa auch in Andrzej Wajdas Spielfilm *Der Mann aus Eisen* gezeigt wird,<sup>21</sup> erweist sich aber als ein eher einseitiges Bild des Jahres 1968. Die Studierenden haben sich durchaus erfolgreich um Kontakte zur Arbeiter:innenschaft in den Werften und anderen Großbetrieben bemüht, um ihre Anliegen deutlich zu machen. Ein interner Bericht des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei PZPR (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*) beweist, dass viele Arbeiter:innen an den Protesten der Studierenden teilgenommen hatten: So waren mehr als ein Drittel der zwischen dem 7. März und 6. April 1968 verhafteten Personen Arbeiter:innen.<sup>22</sup> In Gdańsk wurden im Zuge der sogenannten „Märzereignisse“ weit mehr Arbeiter:innen verurteilt als Studierende.<sup>23</sup>

Entscheidender als die unmittelbare Teilnahme der Werktätigen an den Protesten im Jahr 1968 war allerdings die demokratische Aufbruchs-

---

Infolge der Hetzkampagne durch die Regierung wurden schätzungsweise 15.000 vorwiegend jüdische Wissenschaftler:innen, Kultur- und Medienschaaffende aus Polen vertrieben bzw. emigrierten. Ausführlich zum Jahr 1968 in Polen siehe Jerzy Eisler, *Polski rok 1968* [Das polnische Jahr 1968], Warszawa 2006; Hans-Christian Petersen, *Der polnische März 1968. Nationales Ereignis und transnationale Bewegung*, in: *Osteuropa*, 58 (2008), 7, S. 71–87.

<sup>21</sup> Film: Andrzej Wajda, *Człowiek z żelaza* [Der Mann aus Eisen], Polen 1981.

<sup>22</sup> In Polen wurden insgesamt 2.725 Personen verhaftet, 937 davon waren Arbeiter:innen, siehe Marcin Kula, *Biedni Polacy 68. Społeczństwo polski wobec wydarzeń marcowych w świetle raportów KW i MSW dla kierownictwa PZPR* [Die armen Polen 68. Die Haltung der polnischen Gesellschaft zu den Märzereignissen im Lichte der Berichte der Wojewodschaftskomitees und des Innenministeriums an die Führung der PZPR], in: Marcin Kula / Piotr Osęka / Marcin Zaremba (Hg.), *Marzec 1968: Trzydzieści lat później. Tom 1, Referaty* [März 1968: Dreißig Jahre danach. Erster Band, Referate], Warszawa 1998, S. 144–171, hier S. 159.

<sup>23</sup> In Gdańsk waren von den zwischen dem 12. und 15. März 1968 festgenommenen und schließlich verurteilten 137 Personen 88 Arbeiter. 57 davon kamen in Haft, während 19 Studierende verurteilt und sechs von ihnen in Haft kamen, siehe Kazimierz Kozłowski, *Od Października '56 do Grudnia '70. Ewolucja stosunków społeczno-politycznych na Wybrzeżu. 1956–1970* [Vom Oktober '56 zum Dezember '70. Die Entwicklung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse an der Küste. 1956–1970], Szczecin 2002, S. 334.



stimmung, die global von „1968“ ausging.<sup>24</sup> Lech Wałęsa schildert in seiner Autobiographie, dass die Erinnerung an den März 1968 auf der Danziger Werft in den darauffolgenden Jahren sehr lebendig gewesen sei.<sup>25</sup> Für ihn – und wahrscheinlich auch für einige andere junge Werftarbeiter:innen – habe der März ’68 eine Politisierung bewirkt.<sup>26</sup> Dem Historiker Edward Jarecki zufolge hat sich auf der Leninwerft seit 1968 Unruhe und Unzufriedenheit ausgebreitet.<sup>27</sup>

In dieser gesellschaftlich angespannten Lage beschloss der polnische Ministerrat am Samstag, den 12. Dezember 1970, die Preise für rund vierzig Produkte, darunter Fleisch, Mehl, Milch, Fisch, Obstprodukte, Kohle und Koks, zu erhöhen.<sup>28</sup> Am selben Tag informierte er die Parteiorganisationen in den Betrieben schriftlich über die Preiserhöhungen, am Abend wurde im Rundfunk darüber berichtet. Die Maßnahme löste bei Parteimitgliedern wie bei der übrigen Bevölkerung gleichermaßen Entsetzen und Unverständnis aus. Peter und Christa Hübner werfen die Frage auf, was den PZPR-Vorsitzenden Władysław Gomułka bewogen haben könnte, in einer innenpolitisch enorm angespannten Situation mittels heftiger sozialer Einschnitte eine wirtschaftliche Stabilisierung anzustreben. Sie diskutieren die These, dass unter anderem der Besuch des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt und die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags einige Tage zuvor Gomułka in eine euphorische Stimmung versetzt hätten, die ihn gegenüber jeglicher Warnung vor den

<sup>24</sup> Zur Rezeption von „1968“ in Polen und insgesamt zum Zusammenhang des polnischen 1968 in globaler Perspektive ist bisher noch wenig geforscht worden. Der „polnische März“ wird vorwiegend in eine nationalgeschichtliche Interpretationslinie eingeordnet, siehe Petersen, *Polnischer März 1968* (wie Anm. 20), S. 72.

<sup>25</sup> Wałęsa, *Weg der Hoffnung* (wie Anm. 16), S. 59.

<sup>26</sup> Ebd., S. 61.

<sup>27</sup> Edward Jarecki, *Stocznia Gdańska im. Lenina. Życie społeczno-polityczne w latach 1945–1984* [Die Danziger Leninwerft. Sozialpolitisches Leben in den Jahren 1945–1984], Warszawa 1985, S. 109.

<sup>28</sup> Gleichzeitig sollten die Preise von einigen wenigen Produkten, die eher zu den Luxusgütern zählten, wie etwa Fernseher, Kühlschränke etc., gesenkt werden. Ebenso sollte es Ausgleichsmaßnahmen für Familien geben. Die Preiserhöhungen konnten damit aber bei weitem nicht kompensiert werden. Für den folgenden Abschnitt siehe Peter Hübner / Christa Hübner, *Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976*, Köln 2008, S. 133–141.

Folgen einer Preiserhöhung in der Vorweihnachtszeit und der angespannten Stimmung in der Bevölkerung immun gemacht habe.<sup>29</sup>

Insbesondere Familien mit geringem Einkommen fühlten sich von den Preiserhöhungen existentiell bedroht.<sup>30</sup> Bereits am selben Wochenende kam es zu anonymen Unmutsbekundungen auf Plakaten und Wandaufschriften im ganzen Land, auf denen etwa der Rücktritt von Władysław Gomułka gefordert wurde.

Am Montag, den 14. Dezember 1970, weigerten sich die Mechaniker:innen der Maschinenbauabteilung S-4 in der Leninwerft, um 6:00 Uhr morgens die Arbeit aufzunehmen. Laut Erinnerung von Zeitzeug:innen standen sie in kleinen Gruppen zusammen und diskutierten. Bis 8:00 Uhr legten auch Arbeiter:innen in anderen Abteilungen ihre Arbeit nieder. Die Fahrer:innen der Elektrokarren verteilten mit dem Kaffee für das Frühstück die Streikparole auf der ganzen Werft.<sup>31</sup> Auch am anderen Ende des riesigen Werftgeländes weigerten sich Arbeiter:innen zu arbeiten.<sup>32</sup> Eine Stunde später versammelten sich Hunderte vor dem Direktionsgebäude der Werft. Sie forderten eine Rücknahme der Preiserhöhungen und die Erhöhung der Löhne um dreißig Prozent.<sup>33</sup> Der Direktor der Werft, Stanisław Zaczek, sowie der Werftpartei sekretär sahen keine Möglichkeit, die Forderung zu erfüllen. Kurze Zeit später verließ eine etwa tausendköpfige Menschenmenge die Werft.<sup>34</sup> Sie marschierte zum Gebäude des Wojewodschaftskomitees der PZPR und verlangte den Ersten Sekretär zu sprechen, der sich zu diesem Zeitpunkt allerdings auf dem 6. Plenum des ZK der PZPR in Warschau befand. Es brachen erste Tumulte aus, als sich das Gerücht verbreitete, dass

---

<sup>29</sup> Ebd. S. 139.

<sup>30</sup> Über Ursache, Genese und Verlauf der Streiks, die am 14. Dezember auf der Leninwerft in Gdańsk ausgebrochen sind, gibt es eine Fülle an Publikationen, u. a.: Jerzy Eisler, *Grudzień 1970. Geneza, przebieg, konsekwencje*, Warszawa 2012; Christa Hübner, *Die polnische Krise 1970/71*, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 3 (2010), S. 29–52. Eine detaillierte Beschreibung der Geschehnisse findet sich in Roman Laba, *The Roots of Solidarity. A Political Sociology of Poland's Working-Class Democratization*, Princeton, N. J. 1991, S. 15ff.

<sup>31</sup> Wałęsa, *Weg der Hoffnung* (wie Anm. 16), S. 69.

<sup>32</sup> Laba, *Roots of Solidarity* (wie Anm. 30), S. 22.

<sup>33</sup> Jarecki, *Stocznia Gdańska* (wie Anm. 28), S. 100.

<sup>34</sup> Laba, *Roots of Solidarity* (wie Anm. 30), S. 22f.

eine sich im Gebäude befindende Arbeitsdelegation verhaftet worden sei. Kurze Zeit später zogen die demonstrierenden Arbeiter:innen mit einem Lautsprecherwagen durch die Stadt zurück zur Leninwerft, dann zur Danziger Reparaturwerft, zur Nordwerft und schließlich auch zum Danziger Polytechnikum, um weitere Unterstützer:innen für den Streik zu gewinnen. Auf dem Rückweg zum Wojewodschaftsgebäude heizte sich die Stimmung auf, es kam zu Plünderungen und einzelne Autos wurden angezündet. Kurz vor vier Uhr nachmittags gab es die ersten Zusammenstöße mit der Miliz, die Wasserwerfer, Knallkörper und Tränengas einsetzte. Kurz nach vier Uhr verhängte das Innenministerium eine Telefon- und Nachrichtensperre für das Ausland.<sup>35</sup> In Gdańsk wurde der Ausnahmezustand ausgerufen.

Am Tag darauf, dem 15. Dezember 1970, breiteten sich die Proteste in der ganzen Küstenregion aus. Viele Betriebe schlossen sich dem Streik der Werftarbeiter:innen an.<sup>36</sup> Die Leninwerft war von den Arbeiter:innen besetzt. Morgens um acht Uhr brannte in Gdańsk das Wojewodschaftsgebäude. Władysław Gomułka gab schließlich den Befehl, Schusswaffen einzusetzen, es kam zu ersten Todesopfern. In den folgenden Tagen gingen die Proteste und Streiks in der Küstenregion weiter, Demonstrationen fanden in allen größeren Küstenstädten statt, die Regierung reagierte mit harter Repression. Am 17. Dezember schoss das Militär auf Arbeiter:innen, die die Werft in Gdynia besetzt hatten. Dieser Tag wird heute in Polen als „Schwarzer Donnerstag“ erinnert.<sup>37</sup>

Am gleichen Tag traten auch die Arbeiter:innen der Werften in Szczecin in den Streik.<sup>38</sup> Mit der rasanten Ausbreitung der Proteste gelang es, den Druck so weit zu erhöhen, dass vier Tage vor Weihnachten Władysław Gomułka und vier weitere Mitglieder des ZK ihren Hut

<sup>35</sup> Hübner, Sozialismus als soziale Frage (wie Anm. 28), S. 143.

<sup>36</sup> Ebd., S. 143.

<sup>37</sup> Ein Lied in Gedenken an Zbigniew Eugeniusz Godlewski, ein Hafearbeiter aus Gdynia, der am 17. Dezember erschossen wurde und dessen Leichnam die Protestierenden auf einer Tür durch Gdynia getragen haben, ist fester Bestandteil der polnischen Erinnerungskultur, eine Interpretation des Liedes von Krystyna Janda findet sich hier: [<https://www.youtube.com/watch?v=XIPNjNc4id0>].

<sup>38</sup> Hübner, Sozialismus als soziale Frage (wie Anm. 28), S. 144.

nehmen mussten. Edward Gierek übernahm die Aufgaben des Ersten Parteisekretärs der PZPR und somit die Regierung des Landes. Mit dem Machtwechsel sollte ein Kurswechsel in der Krisensituation signalisiert werden; dennoch fuhren in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember 1970 die Panzer vor der Stettiner Werft auf, woraufhin auch die Werftarbeiter:innen in Szczecin ihren Streik beendeten.<sup>39</sup>

Auf der Leninwerft in Gdańsk endete der Besetzungstreik bereits am Abend des 17. Dezember 1970. Im Verlaufe des Tages hatten die Arbeiter:innen in Gruppen die Werft verlassen, weil es Gerüchte gab, dass sowjetische Streitkräfte vor Gdańsk stehen würden und es Pläne einer militärischen Intervention gebe.<sup>40</sup> Am Morgen des 18. Dezember nahm die Belegschaft ihre Arbeit wieder auf.<sup>41</sup> Während der Dezemberereignisse kamen über vierzig Menschen ums Leben, und mehr als tausend wurden verletzt.<sup>42</sup>

Am 30. Dezember 1970 entschieden der Ministerrat und der Zentralrat der Gewerkschaft einige sozialpolitische Maßnahmen, wie die Anhebung der Mindestlöhne um mehr als 17 Prozent und eine stufenweise Erhöhung der Einkommen, Renten und Familienzulagen bei niedrigen Einkommen.<sup>43</sup>

## Die Forderungen der Arbeiter:innen 1970/71

Dennoch flammten die Proteste bereits ab Mitte Januar 1971 wieder auf. Am 16. Januar veröffentlichten Arbeiter:innen der Leninwerft eine Liste mit 14 Forderungen.<sup>44</sup> Unter anderem forderten sie die Freilassung

---

<sup>39</sup> Siehe Untergrundpresse: „Głos Wolny, Wolność Ubezpieczający“. Grudzień 1970 [Die freie Stimme, Freiheit der Versicherten. Dezember 1970], Nr. 6, 17. Januar 1981, vgl.: [<https://zbc.uz.zgora.pl/dlibra/show-content/publication/21390/edition/17686/?ref=struct&navref=Z2k2O2RuYSBnaTc7ZG5iIGdpODtkbmMgZ2k5O2RuZCBnaWE7ZG5l>].

<sup>40</sup> Ebd., S. 6.

<sup>41</sup> Ebd., S. 8.

<sup>42</sup> Die Opferzahlen werden unterschiedlich hoch angegeben, bewegen sich aber zwischen 41 und 45 Toten und knapp 1.200 Verletzten, siehe Hübner, Sozialismus als soziale Frage (wie Anm. 28), S. 144, Fn. 56.

<sup>43</sup> Ebd., S. 163.

<sup>44</sup> Chmiel / Kaczyńska, Postulaty (wie Anm. 16), S. 106f.

der im Dezember 1970 Inhaftierten sowie die Rücknahme der offiziellen Darstellung, nach der die Ereignisse im Dezember von „Hooligans“ und „Rowdys“ verschuldet gewesen seien. Eingeklagt wurde darüber hinaus die Aufarbeitung der Geschehnisse, eine Entschädigung für die Familien der Verstorbenen sowie das Auswechseln aller Parteimitglieder in den Gewerkschaften durch Parteilose und das Auswechseln der Parteiführung der PZPR. Am 18. Januar 1971 kam es zu einem zweistündigen Streik auf der Leninwerft, bei welchem unter anderem die Namen der Opfer vom Dezember 1970 vorgelesen wurden.<sup>45</sup> Auch auf der Warski-Werft in Szczecin streikten die Arbeiter:innen ab dem 21. Januar erneut. Am Streik beteiligten sich allerdings weit weniger Menschen als im Dezember.<sup>46</sup> In einzelnen Abteilungen auf den Werften und in vielen anderen Betrieben an der Küste wurden weitere Forderungslisten erstellt, die sich teilweise auf die unmittelbare Arbeitssituation bezogen und ganz konkrete Veränderungen umfassten. So forderten die Schweißer:innen der Abteilung B in der Schiffsmontage auf der Leninwerft beispielsweise Ventilatoren und Belüftungssysteme, um Berufskrankheiten wie der Silikose vorzubeugen.<sup>47</sup> Andere Abteilungen verlangten bessere Maschinen und Werkzeuge sowie Verbesserungen im Gesundheits- und Unfallschutz.<sup>48</sup> Darüber hinaus wurden Forderungen nach der Verkürzung der Arbeitszeit und nach besseren Sozialleistungen vorgetragen. Gleichzeitig wurden politische und soziale Forderungen laut, die deutlich machten, dass es längst nicht „nur“ um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ging, sondern auch das herrschende System und die teilweise korrupten Machtverhältnisse angegriffen wurden.<sup>49</sup> Die Werkstätigen kritisierten die fehlende

<sup>45</sup> „Głos Wolny, Wolność Ubezpieczający“ (wie Anm. 39), S. 9.

<sup>46</sup> Hübner spricht von rund dreißig Prozent der Belegschaft, siehe Hübner, Sozialismus als soziale Frage (wie Anm. 28), S. 172.

<sup>47</sup> Die „Staublunge“ kann durch das regelmäßige Einatmen von Schweißdämpfen verursacht werden, siehe Chmiel / Kaczyńska, Postulaty (wie Anm. 16), S. 125 und Fn. 66, S. 167.

<sup>48</sup> Ebd., S. 106–170.

<sup>49</sup> Ebd., S. 14. Die Forderungen sind abgedruckt in: Ebd., S. 112–170. Wann genau die Forderungen in den einzelnen Abteilungen entstanden sind, ist unklar, veröffentlicht wurden sie im Februar 1971. Einzelne Forderungen wie etwa die, dass Gierek auf die Werft kommen solle, um mit

Demokratie, den „Bürokratismus“ und den fehlenden Einfluss der Arbeiter:innenschaft auf Entscheidungen. Gefordert wurde eine Mitbestimmung, die diesen Namen auch verdiente: vom Austausch aller Gewerkschaftsfunktionär:innen über das Abhalten tatsächlicher Gewerkschaftswahlen bis hin zur Schaffung einer unabhängigen Gewerkschaft.<sup>50</sup> Die Protestierenden waren überzeugt, dass die Betriebsleitung nicht die Interessen des Betriebs, sondern lediglich den eigenen Vorteil im Blick habe.<sup>51</sup> Und schließlich tauchte vermehrt die Forderung auf, dass Edward Gierek auf die Werft kommen solle, um mit den Arbeiter:innen zu sprechen.<sup>52</sup> Die Forderung der Streikenden nach einem direkten Gespräch mit dem Staatsoberhaupt war einerseits die Folge des fehlenden Vertrauens in die offiziellen Vertretungsorgane der Arbeiter:innen, die nichts gegen die unhaltbaren Zustände in den Betrieben unternommen hatten. Andererseits macht diese Forderung auch deutlich, dass die Werk tätigen den staatlich propagierten Anspruch, ein „Arbeiterstaat“ zu sein, in dem die Arbeiter:innen die „herrschende Klasse“ sein sollten, durchaus ernst nahmen und dies ihren Protest auch legitimierte.

Tatsächlich kamen Edward Gierek und der Premier Piotr Jaroszewicz am 24. Januar 1971 nach Szczecin, um persönlich mit den streikenden Arbeiter:innen zu sprechen. In einer neunstündigen Verhandlung mit Belegschaftsvertreter:innen analysierte der neue Regierungschef die

---

den Arbeiter:innen zu sprechen, weisen allerdings darauf hin, dass manche Forderungen bereits Anfang Januar zusammengetragen worden sind.

<sup>50</sup> Romuald Śmiech, *Pracownicy Stoczni Gdańskiej. Przebieg procesu kształtowania się i rozpadu załogi przedsiębiorstwa* [Arbeiter der Danziger Werft. Verlauf des Herausbildungs- und Zusammenbruchsprozesses der Belegschaft des Unternehmens], in: Marek Latoszek (Hg.), *„Solidarność“ w imieniu narodu i obywateli* [Die „Solidarność“ im Namen der Nation und der Bürger], Kraków 2005, S. 152–196, hier: S. 164.

<sup>51</sup> Siehe dazu die Forderungsliste vom Februar 1971 der Belegschaft der Danziger Werft, hier Magazinabteilung: „Auswechseln der Abteilungsleiter. [...] Begründung: Die Abteilungsleiter kümmern sich nicht um die Belange der Abteilungen, sondern nur um ihre eigenen Interessen. Sie haben kein Interesse an den ökonomischen Resultaten, sondern sind Karrieristen“, in: Chmiel / Kaczyńska, *Postulaty* (wie Anm. 16), S. 118.

<sup>52</sup> Dies war eine Forderung des Streikkomitees der Warski-Werft in Szczecin, deren Forderungsliste am 25. Januar 1971 veröffentlicht wurde, siehe Chmiel / Kaczyńska, *Postulaty* (wie Anm. 16), S. 111.

Lage im Land und sparte auch nicht mit Kritik am Vorgehen der eigenen Partei in den letzten Jahren. Er bat die Werftarbeiter:innen um ihre Unterstützung für die Reformierung des Landes. Mit Ausnahme der Rücknahme der Preiserhöhungen akzeptierte er die meisten ihrer Forderungen und versprach, die Situation in allen Bereichen zu verbessern. Schließlich konnte er sie zur Aufgabe des Streiks überreden.<sup>53</sup>

### Von den Dezemberereignissen 1970 ...

Die Streiks und ihre brutale Befriedung durch die alte Regierung setzten die neue Regierung von Edward Gierek unter Handlungsdruck. Wollte sie sich legitimieren, musste sie sich mit der Arbeiter:innenschaft ausöhnen, also die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern. Da die Proteste in der Schiffbauindustrie ihren Anfang genommen und ihren Schwerpunkt gehabt hatten, entschied die polnische Regierung, dass dieser Branche die höchste Investitionspriorität zukam.<sup>54</sup> Ein weiterer Grund für die Priorisierung von Investitionen in der Schiffbauindustrie lag darin, dass Gierek plante, die Kredite, die Polen zur Modernisierung des Landes aufnahm, unter anderem mit den Deviseneinnahmen, die durch hohe Exportraten von Schiffen in das kapitalistische Ausland zu erzielen seien, nach und nach wieder zurückzuzahlen. Die Voraussetzungen dafür waren Anfang der 1970er Jahre gut, da der Schiffbaumarkt gerade weltweit einen Boom erlebte und die Werften im Westen hohe Profite machten: Die Nachfrage nach Transportschiffen stieg seit Mitte der 1960er Jahren aufgrund der starken Zunahme des Handels insbesondere mit Rohöl stetig an, und die zweiten Schließung des Suezkanals 1967 hatte zur Folge, dass noch mehr seegängige Transportkapazitäten benötigt wurden.<sup>55</sup> Insofern war die Hoffnung von Gierek berechtigt, dass Schiffe ein gutes Geschäft versprachen.

<sup>53</sup> Ebd., S. 176f.

<sup>54</sup> Zdzisław Misztal, *Gospodarka morska w Polsce w latach 1945–1975* [Die Meereswirtschaft in Polen in den Jahren 1945–1975], Gdańsk 1978, S. 357.

<sup>55</sup> Siehe dazu Albert Götz, *Wettbewerbsfähigkeit und Krise der deutschen Schiffbauindustrie 1945–1990*, Frankfurt am Main 1998, S. 88f.

Kredite für Investitionen und Modernisierungen waren vorhanden, und eben hierfür waren die Handelsverträge mit der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung.<sup>56</sup> Westliche Banken suchten exzessiv nach neuen Anlagemöglichkeiten für das aus den Ölpreissteigerungen gewonnene Kapital.<sup>57</sup> Somit war genügend Geld zur Hand, welches die polnische Regierung verteilen konnte. Gleichzeitig waren viele Unternehmer:innen aus westeuropäischen Ländern auf der Suche nach neuen Absatzmärkten und forcierten damit die Einfuhr von Maschinen, Lizenzen, Ausrüstungsmaterialien oder auch ganzen Produktionsanlagen nach Polen.<sup>58</sup> So kauften Polens Betriebsleiter mit dem aus dem Westen geliehenen Geld ebendort Maschinen und Schiffsausrüstung, um Schiffe zu produzieren, die wiederum im Westen verkauft werden sollten.<sup>59</sup>

Neben der Modernisierung der Werften und ihrer Infrastruktur sollten auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Belegschaft verbessert werden. Dafür war ein eigenes Programm mit einem beträchtlichen Investitionsvolumen vorgesehen, das im jeweiligen Betriebsfonds verwaltet wurde. Mit diesem Geld konnten die Werften Wohnungen für die Betriebsangehörigen bauen lassen, Sozial- und Gesundheitsvorsorgeeinrichtungen wie Kantinen oder die Krankenstationen sowie allgemeine Gemeinschaftseinrichtungen für kulturelle und sportliche Freizeitangebote finanzieren. Tatsächlich begannen sich Anfang der 1970er Jahre die Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, und gleichzeitig stieg auch die Entlohnung der Werftarbeiter:innen erheblich.<sup>60</sup>

---

<sup>56</sup> So setzte sich etwa Bundeskanzler Helmut Schmidt nach der Helsinki-Konferenz 1976 dafür ein, dass Polen einen weiteren Handelskredit von 2,7 Mrd. DM, den sogenannten „Jumbokredit“, von der Dresdner Bank zugesagt bekam, nachdem auf der Konferenz bereits ein Kredit von rund 1 Mrd. DM vereinbart worden war. Damit wurde die Bundesrepublik zum größten Gläubiger der VR Polen, siehe Dominik Pick, *Brücken nach Osten*. Helmut Schmidt und Polen, Bremen 2011, S. 47.

<sup>57</sup> Damit sind die sogenannten Petrodollars gemeint, siehe Jarzabek, *Polish economic policy* (wie Anm. 8), S. 301.

<sup>58</sup> André Steiner, *The globalisation process and the Eastern bloc countries in the 1970s and 1980s*, in: *European Review of History*, 21 (2014), 2, S. 293–309, hier: S. 169.

<sup>59</sup> André Steiner spricht von Polen als „verlängerter Arbeitsbank“ des Westens, siehe ebd., S. 171.

<sup>60</sup> Während das Durchschnittseinkommen in der polnischen Schiffbauindustrie 1965 noch rund 2.700 Zł. betrug, stieg es bis zum Jahr 1980 auf rund 7.300 Zł. (inflationbereinigt), siehe dazu



Und auch in den Gewerkschaftsorganen und den Arbeiter:innenräten war bei den Neuwahlen im Frühjahr 1971 so etwas wie eine Aufbruchsstimmung zu verspüren.<sup>61</sup>

Doch schon Mitte der 1970er Jahre begann sich die wirtschaftliche Situation rapide zu verschlechtern. Dies hatte einerseits mit der Entwicklung auf dem Welt(schiffbau)markt zu tun, andererseits mit Defiziten in der polnischen Wirtschaftspolitik. Polen bekam die Folgen des Ölpreisschocks und den Konjunkturerinbruch im Westen zu spüren.<sup>62</sup> Einerseits stiegen die Preise für die zahlreichen importierten Güter, insbesondere für Maschinen und Technik, andererseits verringerten sich die Absatzmöglichkeiten von polnischen Produkten in den westlichen Ländern durch sinkende Nachfrage und einen zunehmenden Handelsprotektionismus der EG-Länder.<sup>63</sup> Die Ölkrise hatte aber auch positive Folgen für Polen, insofern die Preise für Kohle, eines der Hauptexportgüter Polens, nach 1973 anstiegen. Alles in allem reichten die Deviseneinnahmen durch die Exporte aber nicht aus, um den polnischen Bedarf an Importgütern zu bezahlen. Als Folge wuchs das Handelsbilanzdefizit, die Bruttostaatsschulden stiegen von 8,4 Mrd. US-Dollar im Jahr 1975 auf rund 23,7 Mrd. US-Dollar 1979.<sup>64</sup>

Gleichzeitig zeigten sich die Folgen einer unausgeglichene Investitionspolitik in den vorangegangenen Jahren, bei welcher die Infrastruktur, die Landwirtschaft, die Konsumgüterindustrie, das Handwerk und kleinere Industriezweige stark vernachlässigt worden waren. Das Land war immer weniger in der Lage, genügend Güter für den eigenen Bedarf herzustellen. So wurden immer mehr Devisen für den Import von Lebensmitteln und Gütern ausgegeben. Um die Schulden zurückzuzahlen, musste die Regierung mehr und mehr kurzfristige Kredite zu hohen

Rocznik statystyczny gospodarki morskiej [Statistisches Jahrbuch der Meereswirtschaft], Główny Urząd Statystyczny (Hg.), erschienen: 1945/68 (1969); 1970–1978; 1983.

<sup>61</sup> Siehe dazu Graber Majchrzak, Arbeit – Produktion – Protest (wie Anm. 13), S. 412–424.

<sup>62</sup> Kazimierz Poznański, Poland's Protracted Transition. Institutional Change and Economic Growth, 1970–1994, Cambridge 1996, S. 14.

<sup>63</sup> Jarzabek, Polish economic policy (wie Anm. 8), S. 302.

<sup>64</sup> Poznański, Poland's Protracted Transition (wie Anm. 63), S. 21.

Zinssätzen aufnehmen. Durch den zweiten Ölpreisschock und die darauffolgende Hochzinspolitik verschlechterte sich die Schuldensituation Polens zusätzlich.<sup>65</sup> Der starke Anstieg der Zinsen auf dem internationalen Kapitalmarkt fiel mit einer Verschlechterung der polnischen Kreditwürdigkeit zusammen, sodass Polen 1980 alle neuen Schulden für die Tilgung der Zinsen aufwenden musste.<sup>66</sup>

Edward Gierek reagierte auf diese Entwicklung, indem er 1975 ein „ökonomisches Manöver“ beschloss, bei dem die Investitionsausgaben für den Fünfjahresplan von 1976 bis 1980 um mehr als die Hälfte gekürzt werden sollten.<sup>67</sup> Das Gegensteuern der polnischen Regierung half allerdings wenig, auch aufgrund der Weltmarktlage: Nach 1979 stieg der Ölpreis ein weiteres Mal, die Zinssätze erreichten ein vorher nie dagewesenes Niveau von 15 bis 20 Prozent und gleichzeitig fiel der Dollarpreis für viele Exportgüter, so auch für Schiffe.

Der Preisverfall bei den Schiffen stand in engem Zusammenhang mit dem allgemeinen Nachfragerückgang nach Schiffen weltweit. 1978 erreichten die Auftragseingänge bei den Werften global einen Tiefpunkt, und im Jahr 1980 verzeichnete die Schiffbauindustrie weltweit den niedrigsten Tonnage-Output seit dem Zweiten Weltkrieg.<sup>68</sup> Hintergrund der Krise waren die wirtschaftlichen und technischen Veränderungen der 1970er Jahre: Der Zerfall des Währungssystems von Bretton Woods und der Ölpreisschock von 1973/74 führten zu niedrigeren Wachstumsraten, zu einem Globalisierungs- und einem verstärkten Konkurrenzdruck. Die sogenannte dritte industrielle Revolution veränderte die Produktionsprozesse auch im Schiffbau, sie führte zu Rationalisierungsprozessen, aus denen kurzfristig hohe Gewinne resultierten, die wiederum ins-

---

<sup>65</sup> Der Historiker Frank Bösch schreibt, dass die Krise Ende der 1970er Jahre und die darauf folgende „Deregulierungspolitik“ viel stärkere Auswirkungen auf die staatssozialistischen Länder hatten als der Ölpreisschock von 1973, siehe Frank Bösch, *Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979*, in: *Zeithistorische Forschungen / Contemporary History*, Online-Ausgabe, 9 (2012), S. 8–32; hier: S. 17, vgl.: [<https://zeithistorische-forschungen.de/1-2012/4421>].

<sup>66</sup> Jarzabek, *Polish economic policy* (wie Anm. 8), S. 303.

<sup>67</sup> Poznański, *Poland's Protracted Transition* (wie Anm. 63), S. 15.

<sup>68</sup> Götz, *Wettbewerbsfähigkeit* (wie Anm. 56), S. 92.

gesamt den Aufbau von Überkapazitäten beförderten. Damit ging auch der ursprüngliche Plan von Edward Gierek, mithilfe von Schiffsexporten in kapitalistische Länder die Modernisierungskredite aus dem Westen wieder zurückzuzahlen, nicht mehr auf.

Die aufgrund der Verschuldung Polens eingeleitete Austeritätspolitik bewirkte bereits ab 1975 einen starken Rückgang der staatlichen Investitionen in die Schiffbaubranche. Während sich die jährlichen Investitionen zwischen 1970 und 1975 verzehnfachten, gingen sie bis 1980 um fast achtzig Prozent zurück.<sup>69</sup> Konsequenz der stark sinkenden Investitionen war, dass viele begonnene Modernisierungsvorhaben in der Schiffbauindustrie, wie etwa auf der Leninwerft in Gdańsk, nicht vollendet werden und damit keine Wirkung entfalten konnten.<sup>70</sup> Die Leninwerft bekam beispielsweise im Jahr 1977 ein Drittel weniger Geld als im Jahr zuvor, und im Jahr 1978 wurden die Investitionsmittel nochmals halbiert.<sup>71</sup> Gleichzeitig hatten die Werften aufgrund der wirtschaftlichen Situation im Land und der Schuldenkrise große Probleme, die benötigten Rohstoffe, Vorprodukte und Ausrüstungsgegenstände für den Bau der Schiffe zu erhalten.<sup>72</sup> Die Investitionen für Importgüter wurden noch stärker gekürzt als die allgemeinen Investitionen. 1980 bekam die Branche für den Import von Maschinen und Werkzeugen vom Staat nur noch zehn Prozent der 1975 bewilligten Investitionssumme.

<sup>69</sup> Główny Urząd Statystyczny [Hauptstatistikamt] (Hg.), *Rocznik statystyczny gospodarki morskiej* [Statistisches Jahrbuch der Meereswirtschaft], Warszawa 1983.

<sup>70</sup> Siehe Graber Majchrzak, *Arbeit – Produktion – Protest* (wie Anm. 13), S. 190ff.

<sup>71</sup> Siehe Informacja Statystyczna Stocznia Gdańska: *Inwestycje nakłady inwestycyjne ogółem* [Statistische Informationen der Danziger Werft: Investitionsmittel Investitionen insgesamt], APG 1291.

<sup>72</sup> Jerzy Józwiak, einer der Direktoren der Vereinigung der Schiffbauindustrie (ZPO), erläuterte 1979, dass der Preisanstieg auf dem Weltmarkt dazu führe, dass bspw. der Bedarf von Farben für die Schiffskonserierung nicht mehr gedeckt werden könne, zitiert in: Kazański Arkadiusz, *Na pochylniach statki czekają w kolejce do zwodowania. Sukces czy porażka? Analiza relacji międzyludzkich i produkcyjnych w Stoczni Gdańskiej im. Lenina w drugiej połowie lat siedemdziesiątych XX w.* [Auf den Helgen warten die Schiffe reihenweise auf den Stapellauf. Erfolg oder Niederlage? Eine Analyse der zwischenmenschlichen und Produktionsbeziehungen auf der Danziger Leninwerft in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre], in: Marcin Bukała / Dariusz Iwaneczko (Hg.), *PRL na pochylni (1975-1980)* [Die VR Polen auf dem Helgen (1975–1980)], Rzeszów 2017, S. 500–515; hier: S. 508.

Wird die relativ hohe Inflationsrate von über fünf Prozent in den meisten westlichen Ländern berücksichtigt, so muss von einer enormen Zulieferkrise für die polnischen Werften ausgegangen werden. Mit dem vorhandenen Geld konnten diese so gut wie keine neuen Maschinen, Werkzeuge, Technik und Baumaterialien einkaufen.<sup>73</sup> Am stärksten von den Kürzungen betroffen waren die Mittel, welche für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorgesehen waren.

Diese Situation beschleunigte die Krisendynamik: Aufgrund des Investitionsstopps auf allen Ebenen sowie eines allgemeinen Mangels an Gütern und Energie verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen rapide. Probleme, welche bereits Ende der 1960er Jahre vorhanden waren, spitzten sich erneut zu. So wartete 1976 noch immer jede:r vierte Beschäftigte der Werft auf eine Wohnung.<sup>74</sup> Ähnlich wie bei den Wohnungen sah die Situation auch in Bezug auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder des Gesundheitsschutzes aus. Es fehlte nach wie vor an Absaugvorrichtungen in den Produktionshallen, Schutzkleidung oder gefütterten Stiefeln.<sup>75</sup>

Die Arbeiter:innen – insbesondere in den Küstenstädten – fühlten sich betrogen, hatten sie doch 1970/71 für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gekämpft. Die Regierung Edward Gierek hatte kaum eine Versprechung, welche sie nach den Dezemberprotesten 1970 gemacht hatte, eingelöst. Und selbst dort, wo sie eingelöst worden waren, verschlechterten sich die Verhältnisse nach kurzer Zeit wieder.<sup>76</sup> Nachdem sich die Anfang der 1970er Jahre geweckten Hoffnungen zerschlagen hatten, war der Frust entsprechend groß.

Hinzu kamen verstärkte Repressionsmaßnahmen des Staates und immer offensichtlicher werdende Unterschiede im Alltagsleben zwi-

---

<sup>73</sup> In welchem Dilemma sich die Werften 1980 befanden, wird aus den Forderungen deutlich, die nach der Gründung der *Solidarność* im Jahr 1980 von Beschäftigten an die Regierung gestellt wurden. Darin werden die Probleme in der Schiffbauindustrie in Bezug auf den Außenhandel Ende der 1970er Jahre detailliert beschrieben, siehe Chmiel / Kaczyńska, *Postulaty* (wie Anm. 16), hier: S. 225–228.

<sup>74</sup> 86. KSR Stoczni Gdańskiej im. Lenina, APG 1291/9779, S. 23.

<sup>75</sup> Ebd.

<sup>76</sup> Ebd., S. 241.

schen den politischen und wirtschaftlichen Eliten und dem Rest der Bevölkerung. Erstere deckten ihren Luxusbedarf über den Schwarzmarkt, während letztere viele Güter des täglichen Bedarfs nur erwerben konnten, wenn sie – vor allem die Frauen – stundenlang vor den Geschäften Schlange standen. Gerade in den Küstenstädten zeigte sich zudem ein enormes Ungleichgewicht zwischen der schlechten Infrastruktur – fehlende Wohnungen, mangelnde medizinische Versorgung, ein schlecht funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz – und einer rasant wachsenden Bevölkerung.<sup>77</sup> Neben den schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen sah die gut ausgebildete, junge Werftarbeiter:innen-schaft einen immer größeren Widerspruch zwischen ihren vorgeblichen und ihren tatsächlichen Einflussmöglichkeiten.<sup>78</sup>

### ...zur Gründung der *Solidarność*

Während der Sommers 1980 kam es in vielen Betrieben in ganz Polen zu mittelgroßen Streiks, die allerdings relativ schnell wieder befriedet werden konnten.<sup>79</sup> Am 14. August 1980 besetzten die Werftarbeiter:innen der Leninwerft ihren Betrieb. Dabei forderten sie die Wiedereinstellung von Anna Walentynowicz und Lech Wałęsa, die aufgrund ihres Engagements für bessere Arbeitsbedingungen entlassen worden waren, zudem ein Denkmal für die Toten vom Dezember 1970, eine Sicherheitsgarantie für die Streikenden, eine Lohnerhöhung von 2.000 Zł. und eine Familienzulage, wie sie bei der Polizei bezahlt wurde. Die Streiks breiteten sich in rasender Geschwindigkeit auf eine Vielzahl von Betrieben zuerst in den Küstenstädten und in den darauffolgenden Tagen im ganzen Land aus. Nach zwei Tagen stimmte der Werftdirektor

<sup>77</sup> Die besonders schwierige politische und gesellschaftliche Situation in Gdańsk erörterte der Erste Sekretär und Woiwodschaftsvorsitzende Tadeusz Fiszbach bei einem Treffen des Woiwodschaftsrats am 8. September 1980 in Gdańsk, siehe Jarecki, *Stocznia Gdańska* (wie Anm. 28), S. 229. Seine Rede basierte auf einer Untersuchung der Lebensverhältnisse in Gdańsk – dem sogenannten „Raport Gdański“ vom Mai 1980, in welchem die enormen ökonomischen und sozialen Probleme sichtbar wurden, siehe ebd., S. 235.

<sup>78</sup> Ebd., S. 242.

<sup>79</sup> Borodziej, *Geschichte Polens* (wie Anm. 22), S. 363.

Klemens Gniech den ersten drei der Forderungen der Belegschaft in der Leninwerft zu, in der Hoffnung, damit den Streik beenden zu können.<sup>80</sup> Einige Arbeiter:innen konnten die Belegschaft der Leninwerft allerdings davon überzeugen, den Streik fortzuführen, aus Solidarität mit anderen inzwischen streikenden Belegschaften an der Küste, deren Forderungen noch nicht erfüllt worden waren.<sup>81</sup>

In der Nacht vom 16. zum 17. August 1980 gründete sich daraufhin ein überbetriebliches Streikkomitee (MKS, *Międzyzakładowy Komitet Strajkowy*) mit Vertreter:innen von bestreikten Betrieben in Gdańsk und Umgebung. Das MKS erstellte eine Liste mit 21 Forderungen. Diese hatten einen radikal demokratischen und sozialen Charakter, darunter fanden sich Forderungen wie die Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre bei den Männern und 50 Jahre bei den Frauen, die Einführung eines bezahlten dreijährigen Mutterschaftsurlaubs, das Recht auf Streik und die Abschaffung der staatlichen Zensur.<sup>82</sup> Die wichtigste Forderung war zweifelsohne die nach der Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft. Inzwischen hatten sich die betrieblichen Streiks in den Küstenstädten Polens zu einem Generalstreik ausgeweitet, und die polnische Regierung geriet immer stärker unter Druck.

Das MKS kommunizierte, dass es nur dann bereit sei, mit den Regierungsvertreter:innen zu verhandeln, wenn diese für die Gespräche auf das Werftgelände kämen. Schließlich willigte die Regierung ein, und ab dem 23. August verhandelte eine Regierungskommission auf der Werft mit dem MKS. Mitschnitte der Verhandlungen wurden in Radio und Fernsehen übertragen. Die polnische Regierung stimmte nach und nach allen 21 Forderungen zu. Schließlich wurde am 31. August das Abkommen von Gdańsk unterschrieben, in dem sich die Regierung verpflichtete-

---

<sup>80</sup> Hartmut Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990*, Berlin 1999, S. 28; Jerzy Zdzisław Holzer, „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985, S. 114.

<sup>81</sup> Anna Walentynowicz, *Opowiada Anna Walentynowicz* [Anna Walentynowicz erzählt], in: Ireneusz Łapiński (Hg.), *Gdańsk – sierpień 1980* [Danzig – August 1980], Warszawa 1981, S. 4–12, hier: S. 8.

<sup>82</sup> Die Forderungen sind abgedruckt in deutscher Übersetzung in: Kühn, *Jahrzehnt der Solidarność* (wie Anm. 82), S. 30f.

te, die Forderungen der Streikenden umzusetzen. Nur wenige Stunden später gründete sich die erste unabhängige Gewerkschaft *Solidarność*, ein knappes Jahr danach hatte die Gewerkschaft bereits 9,5 Millionen Mitglieder.<sup>83</sup>

Die Erinnerungen an die Proteste im Dezember 1970 und die damals gesammelten praktischen Erfahrungen waren grundlegend für den Erfolg der Bewegung; dies zeigen bereits die ersten oben erwähnten Protestforderungen des MKS. Neben der symbolischen Bezugnahme auf die zehn Jahre zurückliegenden Proteste waren insbesondere die konkreten Lernprozesse wichtig, an die nun angeknüpft werden konnte. An dieser Stelle sollen vier Beispiele genannt werden, wie die Werftarbeiter:innen im August 1980 auf die Protesterfahrung um die Jahreswende 1970/71 zurückgriffen:

Erstens war von Beginn des Streiks am 14. August 1980 an klar, dass die Arbeiter:innen das Werftgelände nicht verlassen, sondern sie die Werft besetzt halten würden, aus Angst, die Proteste könnten wieder in Straßenkämpfen und damit blutig enden. Dementsprechend waren die Initiator:innen darauf bedacht, dass der Streik „diszipliniert“ von-statten ging.<sup>84</sup> So gab es von Anfang an eine relativ straffe Organisation. Es gab Streikposten, das Werftgelände wurde abgeschlossen, ein Alkoholverbot wurde verhängt und bereits nach wenigen Stunden war ein Streikkomitee gewählt.

Zweitens ist es auf die Erfahrungen der Niederlage der Dezemberereignisse zurückzuführen, dass die Arbeiter:innen der Leninwerft ihren Streik nicht beendeten, nachdem der Werftdirektor den ersten Forderungen zugestimmt hatte. In den Zugeständnissen erkannten sie eine Strategie der Regierung, die Streikfront zu durchbrechen.<sup>85</sup> Gleichzeitig

<sup>83</sup> Borodziej, *Geschichte Polens* (wie Anm. 22), S. 365.

<sup>84</sup> So stand in einem Handzettel der Streikenden der Leninwerft vom 14. August 1980, der über den Streik in der Leninwerft informierte und um Unterstützung durch andere Betriebe bat, dass niemand im Rahmen der Streiks auf die Straße gehen solle, weil Demonstrationen als Vorwand genutzt werden könnten, mit den Streikenden abzurechnen, so wie dies im Dezember 1970 geschehen sei, siehe Sammlung ECS ECS/T/AS/1036/2, zugänglich auf Europejskie Centrum *Solidarności*, [<http://www.ecs.gda.pl/wystawa-35>].

<sup>85</sup> Kühn, *Jahrzehnt der Solidarność* (wie Anm. 82), S. 28.

befürchteten sie, dass die Regierung allen Forderungen in der Leninwerft zustimmen und sie danach trotzdem nicht erfüllen würde, wie schon viele Forderungen vom Dezember 1970 nicht erfüllt worden waren.

Drittens – und das war zweifellos der wichtigste und symbolträchtigste Aspekt, der sich am Verlauf der Dezemberereignisse 1970 orientierte – bestanden die Streikenden darauf, dass die Regierung für die Verhandlungen auf die Werft kommen musste und die Verhandlungen öffentlich übertragen werden sollten. Die Streikenden wollten damit verhindern, dass die Regierung sie erneut als Chaoten und Banditen diskreditieren konnte, wie dies zehn Jahre zuvor geschehen war.

Viertens verweist der im August 1980 ausgearbeitete Forderungskatalog selbst auf den prägenden Charakter der Dezemberereignisse 1970: Etliche der damals aufgestellten Forderungen wurden nun erneut vorgebracht, darunter auch die wichtigste und bekannteste, nämlich die nach der Zulassung einer unabhängigen Gewerkschaft.<sup>86</sup> Auch die betrieblichen Forderungslisten, welche wiederum in den einzelnen Betriebsabteilungen rund um die Proteste entstanden sind, hatten einen sehr ähnlichen Charakter wie die Listen 1970.<sup>87</sup>

## **Wieso auch in der Bundesrepublik an die Dezemberereignisse in Polen 1970 erinnert werden sollte**

Die Geschehnisse im Dezember 1970 – nicht nur der symbolträchtige Kniefall Willy Brandts in Warschau, sondern auch und insbesondere der kurz darauffolgende Aufstand der Arbeiter:innen – müssen als Wendepunkt in der polnischen und europäischen Geschichte verstanden werden. Die Arbeiter:innenproteste provozierten nicht nur einen Regierungswechsel in ihrem Land, sondern evozierten auch eine neue Wirtschaftspolitik. Der Fokus lag nun nicht mehr ausschließlich auf dem Wachstum der Industrieproduktion, sondern nahm erstmals die Konsumwirtschaft und die Sozialpolitik in den Blick, eine Verbesserung

---

<sup>86</sup> Chmiel / Kaczyńska, *Postulaty* (wie Anm. 16), S. 14.

<sup>87</sup> Ebd., S. 178ff.



der Lebensbedingungen insbesondere der Industriearbeiter:innen, die Edward Gierek mit Hilfe einer kreditinduzierten Wachstumsstrategie erreichen wollte. Beide Ereignisse, Kniefall und Dezemberproteste, waren von elementarer Bedeutung für die Öffnung Polens zum Weltmarkt – sie änderten damit nicht nur den Außenhandel des staatssozialistischen Landes, sondern beeinflussten auch das gesamte polnische Wirtschaftssystem.

Ein Resultat dieses Einflusses war die Wirtschaftsreform Anfang der 1970er Jahre, welche den großen Industriebetrieben größere Handlungsspielräume einräumte und die planwirtschaftlichen Vorgaben in bedeutendem Maße reduzierte.<sup>88</sup> Eine Folge dieser wirtschaftlichen Reformen in der Ära Edward Gierek war jedoch eine sichtbare Verschärfung der Ungleichheit. Sie schufen eine wirtschaftliche Elite, welche den Staat zunehmend als Selbstbedienungsladen auffasste und dadurch den Unmut in der breiten Bevölkerung verstärkte.<sup>89</sup>

Nicht weniger wichtig als die wirtschaftlichen Veränderungen war der Bewusstseinswandel in der arbeitenden Bevölkerung, der selbst eine Folge der Proteste war. Auch wenn der Dezemberstreik aufgrund seiner brutalen Niederschlagung durch die Regierung von vielen Zeitgenoss:innen als Niederlage wahrgenommen wurde, kann das durch die Proteste Erreichte nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Werftarbeiter:innen hatten mit ihrem Protest einen Regierungswechsel und damit einen spürbaren Politikwechsel verursacht. Der neue Regierungschef Edward Gierek besuchte sie im Januar 1971 persönlich auf der Werft, verhandelte mit ihnen, rechtfertigte sich und bat um Unter-

<sup>88</sup> Bei der sogenannten WOG-Reform (Wielkie Obszary Gospodarcze) wurden 110 große Wirtschaftseinheiten, sogenannte Vereinigungen (Zjednoczenie), geschaffen, welche nun über eine weit größere wirtschaftliche Entscheidungsautonomie verfügten als die „normalen“ Betriebe in der Planwirtschaft. Die Regierung hoffte, die WOGs über wirtschaftliche Parameter wie Steuern, Wechselkurse und finanzielle Anreize bei wirtschaftlichem Erfolg die Unternehmenspolitik steuern zu können. Zu den WOG-Reformen siehe Batara Simatupang, *The Polish economic crisis. Background, causes, and aftermath*, London 1994, S. 48f.

<sup>89</sup> Laba, *Roots of Solidarity* (wie Anm. 31), S. 124.

stützung, obwohl sie keine zwei Monate zuvor als Unruhestifter:innen und als Gefahr für das Land bezeichnet worden waren.<sup>90</sup>

Gleichzeitig versicherte er ihnen, wie wichtig ihre Arbeit für das Land sei. Diese Erfolge hatten das Selbstbewusstsein der arbeitenden Bevölkerung zweifellos positiv beeinflusst. Das zeigen auch die in den 1970er Jahren immer häufiger werdenden kleineren Proteste und Streiks in den Betrieben, welche im Juni 1976 unter anderem in Radom und Ursus bei Warschau ihren Höhepunkt erreichten. Unter dem Eindruck dieser Protestwelle schlossen sich einige Intellektuelle zusammen und gründeten das *Komitee zur Verteidigung der Arbeiter*, kurz KOR (*Komitet Obrony Robotników*) genannt, das wiederum Einfluss auf die Entstehung der im Untergrund agierenden freien Gewerkschaft der Küste hatte.<sup>91</sup>

Auch die Werftarbeiter:innen in der Bundesrepublik befanden sich ab Mitte der 1970er unter starkem Druck aufgrund der globalen Wirtschaftskrise, die, wie oben beschrieben, insbesondere eine Schiffbaukrise war. Die gesamte Branche war von Entlassungen und Betriebsschließungen betroffen. Die Gewerkschaft IG Metall reagierte auf diese Krise und nahm tiefgreifende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Einkommen hin, mit dem Ziel, damit Arbeitsplätze auf den Werften zu retten. Es kam auch hier zu Protesten und Streiks von Belegschaften, von Anfang der 1980er Jahre bis zu den Werftbesetzungen in Hamburg und Bremen im Jahr 1983.<sup>92</sup> Letztendlich aber gelang es den Werftarbeiter:innen nicht, eine überregionale Protestbewegung zu schaffen und die Probleme der Werften mit gesellschaftlichen Forderungen zu verbinden. Der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze blieb defensiv und in vielen Betrieben ohne Erfolg.

Im Vergleich mit den Streiks in der Bundesrepublik zeigt sich die wegweisende Bedeutung der polnischen Proteste. Nicht nur gelang den

---

<sup>90</sup> So beschrieb der damalige Innenminister Franciszek Szlachcic den grundlegenden „Wandel“ in der Politik, den der Besuch von Edward Gierk auf der Werft bedeutete, zitiert in: Hübner, Sozialismus als soziale Frage (wie Anm. 28), S. 177f.

<sup>91</sup> Laba, *Roots of Solidarity* (wie Anm. 31), S. 94.

<sup>92</sup> Siehe Graber Majchrzak, *Arbeit – Produktion – Protest* (wie Anm. 13), Kapitel 10.

Streikenden beide Male eine breite Mobilisierung – 1980 auch über die Arbeiter:innenschaft hinaus –, sondern es gelang ihnen auch, umfangreichen sozialen Forderungen Gehör zu verschaffen, die weit über die Forderungen der westlichen Gewerkschaften zu dieser Zeit hinausgingen. Und dies gelang ihnen, obwohl der polnische Staat 1970 erhebliche Wirtschaftsprobleme hatte und 1980 praktisch zahlungsunfähig war, es also wenig Aussicht auf Erfüllung der Forderungen gab. Diese Tatsache stellte für die Arbeiter:innenschaft aber kein Hindernis dar. Vielmehr nahmen die Streikenden in der VR Polen sowohl im Dezember 1970 als auch im August 1980 ihre staatlich propagierte Macht im „Arbeiterstaat“ und das sozialistische Versprechen einer gerechten Gesellschaft ernst und stellten dementsprechende Forderungen, um diese Ideale auch in die Realität umzusetzen. Die 1970 und 1980 vorgetragenen Forderungen beinhalteten damit ein utopisches Element wider alle Umstände. Dieses utopische Element fehlte den protestierenden Werftarbeiter:innen in der Bundesrepublik Anfang der 1980er Jahre.

Eben darum ist es wichtig, an die Dezemberereignisse zu erinnern: Sie zeigen deutlich, dass es auch unter sehr widrigen wirtschaftlichen und politischen Umständen von Bedeutung ist und erfolgreich sein kann, weitgehende soziale und politische Forderung zu stellen.

Wenn die Auguststreiks von 1980 und die Gründung und Zulassung der *Solidarność* in der VR Polen als erster unabhängiger Gewerkschaft in einem Ostblockland als Revolution bezeichnet werden kann, dann steht am Anfang dieser Revolution das Jahr 1970. Deswegen würde es nicht nur der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit gut zu Gesicht stehen, dem fünfzigsten Jahrestag der Dezemberereignisse mehr Beachtung zu schenken. Auch den linken Kräften in Deutschland sei es ans Herz gelegt, sich stärker mit der jüngsten Geschichte des Nachbarlandes auseinanderzusetzen.